

dialog

17

S.1 Topthema

S.2 Topthema (Fortsetzung) | Aus den Kommunen

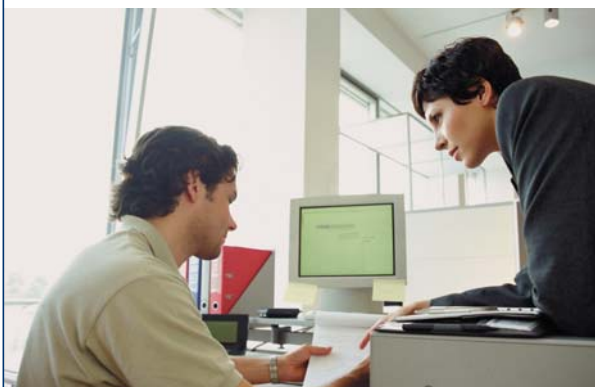
S.3 Forschung & Gesundheit | Recht & Politik

S.4 Service

Ein Netzwerk für bürgernahe mobile Verwaltungsdienste

DStGB startet „Initiative M-Städte“ als Internet-Plattform

» Viele Städte und Gemeinden haben die technischen Möglichkeiten des Mobilfunks zur Verbesserung kommunaler Dienstleistungen längst erkannt. So ist das Bezahlen des Bus-Tickets per Handy heute keine Seltenheit mehr. Doch die Einbindung neuer Technologien in vorhandene kommunale Infrastrukturen wirft technische und rechtliche Fragen auf. Die „Initiative M-Städte“ des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) hat deshalb eine Internet-Plattform geschaffen, die den Wissenstransfer über mobile Anwendungen fördern soll.



Initiative M-Städte: Erfahrungsaustausch per Internet

Vergessliche Bürger brauchen sich in Paderborn um die Beseitigung ihres Hausmülls keine Gedanken mehr zu machen. Die Stadtverwaltung bietet einen Service, der sie per SMS daran erinnert, die Mülltonnen rechtzeitig an die Straße zu stellen. Und Autofahrer in der westfälischen Bischofsstadt können Parkgebühren per Handy entrichten. Nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) übernimmt der Mobilfunk bei der Modernisierung der Verwaltungsdienste eine zuneh-

mend wichtigere Aufgabe: „Um Bürokratie abzubauen und unsere Dienstleistungen zu verbessern, brauchen wir eine vernetzte Verwaltung“, erklärt Franz-Reinhard Habel, Sprecher des DStGB, „mobile Anwendungen werden dazu einen Beitrag leisten“ (s. a. Interview, S.2).

Doch wie werden neue mobile Dienstleistungen in bestehende kommunale Infrastrukturen integriert? Welche Hürden müssen dabei genommen werden? Welche Ressourcen bindet ein solches Projekt und wo kann man mit Unterstützung rechnen? Viele Kommunen fühlen sich bei diesen Themen noch überfordert. Deshalb hat der DStGB 2005 die „Initiative M-Städte“ ins Leben gerufen. Ziel dieser Initiative, die von Kommunen und wissenschaftlichen Einrichtungen genutzt und getragen wird, ist ein möglichst umfassender Wissenstransfer: Information über laufende Projekte, Austausch von Erfahrungen, Förderung von Kooperationen und Unterstützung bei der Einführung mobiler Techniken. Beteiligen kann sich jeder, der Rat sucht oder Lösungsvorschläge beisteuern möchte.

„Das Projekt lebt von der aktiven Mitarbeit“

Digitale Plattform ist seit September 2006 die Internetseite „Initiative M-Städte“ (<http://de.groups.yahoo.com/group/mstaedte>), die gemeinsam vom DStGB, dem Fraunhofer Heinrich-Hertz-Institut und der Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport eingerichtet wurde. Wer sich als Mitglied registriert, hat Zugang zu Diskussionsforen und Datenbanken und kann sich an andere Mitglieder wenden. Die Organisation der



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

„Mobile Bürgerdienste“ bieten den Bürgern Dienstleistungen öffentlicher Verwaltungen mittels mobiler Anwendungen. Bereits in mehreren deutschen Städten werden solche Angebote genutzt, mehr Bürgernähe, vereinfachte Abläufe und Kostenreduktion lauten die Ziele. Die Initiative „M-Städte“ des Deutschen Städte- und Gemeindebundes will jetzt, mit Unterstützung des Fraunhofer Instituts, ein Netzwerk zur Verbreitung solcher Dienste im Internet etablieren. Ob das Projekt Erfolg hat, hängt auch davon ab, ob es gelingt, in den Kommunen aktive Mitstreiter zu finden, die ihr Wissen mit Anderen teilen. In dieser dialog-Ausgabe stellen wir die Initiative vor.

Können Handys Krebs auslösen? Jüngst veröffentlichte Teil-Ergebnisse aus der Interphone-Studie der WHO haben in den vergangenen Wochen zu kontroversen Diskussionen und Berichten in den Medien geführt. Wir stellen die Fakten zusammen und lassen Experten sprechen.

Dagmar Wiebusch
Geschäftsführerin IZMF



Franz-Reinhard Habel,
Sprecher des Deutschen Städte-
und Gemeindebundes (DStGB)

DStGB-Initiative

Interview mit Franz-Reinhard Habel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

dialog: Warum ist das Thema mobile Dienste für die Kommunen wichtig?

Franz-Reinhard Habel: Wir bewegen uns auf die mobile Gesellschaft zu, auch die Kommunen müssen künftig mobile Dienstleistungen für ihre Bürger anbieten. In den Kommunen gibt es 1,3 Millionen Mitarbeiter, 350.000 davon sind Außendienstler. Darunter sind Bauingenieure oder Pflegekräfte. Mobile Dienste können helfen, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, die medizinische Versorgung bedarfsgerechter zu gestalten oder Abrechnungsvorgänge zu vereinfachen.

dialog: Welche mobilen Anwendungen werden sich durchsetzen?

Franz-Reinhard Habel: Verwaltungsdienstleistungen werden im Zentrum stehen, zunehmend werden auch die Bereiche Bildung, Sicherheit und Gesundheit ins Themenspektrum rücken. Das Interesse ist groß, wichtig für den Erfolg wird die Standardisierung der Abläufe sein.

dialog: Wen will die M-Städte-Initiative in den Kommunen ansprechen?

Franz-Reinhard Habel: m-Government ist eine Führungsaufgabe. Denn es geht darum, Geschäftsprozesse der Verwaltung zu digitalisieren, Bürokratie abzubauen und eine vernetzte Verwaltung aufzubauen.

DStGB startet „Initiative M-Städte“ als Internet-Plattform Fortsetzung von Seite 1

„M-Städte-Community“ erfolgt durch die Mitglieder, die Moderatorenrolle übernimmt der DStGB zusammen mit dem Berliner Fraunhofer Institut für Nachrichtentechnik.

Die Plattform informiert über aktuelle Entwicklungen, technische und juristische Neuerungen, Förderprojekte und Tagungen mit kommunaler Relevanz. „Wir laden zur aktiven Beteiligung ein“, erklärt Lothar Mühlbach vom Fraunhofer-Institut, „denn das Projekt lebt vom Austausch der virtuellen Gemeinschaft.“ Mühlbach fungiert in Kooperation mit dem DStGB als Moderator. Erfahrungen bringt der Wissenschaftler aus dem Berliner „Mobued-Projekt“ (Mobile Bürgerdienste) mit, (vgl. dialog Nr.9).

„Öffentliche Verwaltung noch zögerlich“

Noch gilt es, Hürden aus dem Weg zu räumen. Zwar gibt es für viele Projekte bereits technische Lösungen, doch auch juristische Fragen müssen umfassend geklärt werden. So existiert beispielsweise beim „Handy-Parken“ noch keine abschließende Rechtssicherheit. In der Bundesregierung, die durch ressortübergreifende High-Tech-Strategien die Nutzung moderner Zukunftstechnologien vorantreiben will, weiß man um diese Probleme: „Anders als in privaten Bereichen, wo entsprechende mobile Multimedia-Dienste immer mehr Fuß fassen, wird in mittelständischen Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen das Potenzial der mobilen Multimedia-Anwendungen insbesondere auch wegen Sicherheitsbedenken nur zögerlich ausgeschöpft“, bekennt Bundeswirtschaftsminister Michael Glos. Die „Initiative M-Städte“ könnte einen Beitrag leisten, diese Bedenken aufzulösen.

Infos: <http://de.groups.yahoo.com/group/mStaedte>

Infos: www.dstgb.de/index_inhalt/homepage/index.phtml

Infos: www.mobued.de

» Mobilfunkanwendungen für Kommunen prämiert

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) hat im Mai 2006 den Technologie-Wettbewerb „SimoBit“ ausgelobt, der die Entwicklung und Erprobung von sicheren Anwendungen der mobilen Informationstechnik in Wirtschaft und Verwaltung beschleunigen soll. Im November 2006 gab BMWi-Staatssekretär Dr. Walther Otremba die Gewinner bekannt. Dabei machte er deutlich, welche Hoffnungen an mobile Informationstechnologien geknüpft sind: „Auf dem Weg zu mobilen Arbeitswelten“, so Otremba, „stehen wir noch am Anfang und vor großen Herausforderungen. Erst die mobilen Informationstechnologien erlauben eine wirklich durchgängige Optimierung

von Geschäftsprozessen über alle Wertschöpfungsstufen hinweg.“

Zu den prämierten Projektideen gehören Systeme zur mobilen Unterstützung kommunaler Dienstleistungen, die künftig u.a. die Arbeit von Energieversorgern, Krankenhäusern, Feuerwehren, forstwirtschaftlichen Betrieben und Straßenmeistereien effizienter machen sollen. Das BMWi stellt Fördermittel in Höhe von bis zu 20 Mio. Euro bereit, die Eigenmittel aus der Wirtschaft von ebenfalls rd. 20 Mio. Euro mobilisieren.

Infos: <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=171510.html>



Großbritannien, Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden haben neue Forschungsergebnisse vorgelegt.

Neues Zwischenergebnis zur Interphone-Studie

Krebs durch Handys unwahrscheinlich

» Im Rahmen der internationalen Interphone-Studie, einer Langzeitstudie der Weltgesundheitsorganisation (WHO), haben jetzt die Länder Skandinaviens und Großbritannien gemeinsam ihre neuesten Teilergebnisse veröffentlicht. Die Studien bestätigen frühere Ergebnisse, die ebenfalls keinen Zusammenhang zwischen Handynutzung und Tumorbildung festgestellt hatten. In den vergangenen Wochen hatten diese Ergebnisse zu unterschiedlichen Reaktionen in den Medien geführt.

Ende 2005 waren bereits erste Teilergebnisse aus Dänemark, Großbritannien und Schweden veröffentlicht worden, die keinen Nachweis für einen Zusammenhang bei der Entstehung des Akustikusneurinoms, einem gutartigen Hörnervtumor, gefunden hatten (vgl. dialog Nr. 13). Bei den jetzt veröffentlichten Teilergebnissen, die auch Forschungsergebnisse aus Finnland und Norwegen beinhalten, wurde untersucht, ob die elektromagnetischen Felder des Mobilfunks zur Entstehung von Gliomen, einer bösartigen Hirntumorart, beitragen können.

Insgesamt befragten die Wissenschaftler 1.521 Patienten, bei denen ein Gliom diagnostiziert worden war, sowie 3.301 gesunde Kontrollpersonen nach ihrem Telefonierverhalten (so genannte Fall-Kontroll-Studie). Die vorgelegte Analyse umfasst damit mehr Daten als alle bislang veröffentlichten Einzelstudien. Die Wissenschaftler kamen in ihren Untersuchungen zu dem Schluss, dass Handynutzer keinem erhöhten Risiko ausgesetzt

sind, an einem Hirntumor zu erkranken. Auch bei längerer und intensiverer Nutzung des Handys vergrößert sich das Risiko nicht. Dies gilt ebenfalls für Personen, die seit mehr als zehn Jahren ein Mobiltelefon benutzen.

Bei den Langzeitnutzern wurde ein geringfügig erhöhtes Risiko festgestellt, einen Hirntumor an der Kopfseite zu bekommen, an der das Handy nach eigenen Angaben beim Telefonieren gehalten wurde. Dies scheint auf den ersten Eindruck widersprüchlich, denn die Tumorraten bei den Handynutzern insgesamt nicht größer ist als bei den Nichtnutzern.

Kein erhöhtes Risiko, auch nicht bei Viel- oder Langzeittelefonieren

Die Autoren der Studie interpretieren diese Daten daher mit Vorsicht. Dr. Joachim Schüz vom Institut für Medizinische Biometrie, Epidemiologie und Informatik an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und Koordinator der deutschen Teilstudie erklärte dies gegenüber dem Berliner „Tagesspiegel“ so: „Patienten mit Hirntumoren neigen dazu, die Kopfseite anzugeben, an der sie den Tumor hatten, insbesondere wenn Handynutzung als mögliche Ursache vermutet wird“.

Die von der WHO koordinierte Interphone-Studie untersucht in 13 Ländern den Zusammenhang zwischen Handynutzung und Tumoren im Kopfbereich. Die Gesamtergebnisse sollen noch 2007 publiziert werden.

Infos: emf-portal.org/viewer.php?aid=14460&l=g

Infos: who.int/peh-emf/en/

EU-Stellungnahme zu elektromagnetischen Feldern

Eine Neubewertung des von elektromagnetischen Feldern möglicherweise ausgehenden Gesundheitsrisikos ist nicht erforderlich, da es dafür keine Nachweise gibt. Zu diesem Ergebnis kommt das „Scientific Committee on Emerging and Newly Identified Health Risks“ (SCENIHR). Das Gremium hatte im Auftrag der Europäischen Kommission eine Aktualisierung der 2001 von der EU veröffentlichten Stellungnahme zur Frage nach möglichen gesundheitlichen Auswirkungen elektromagnetischer Felder vorgenommen. http://ec.europa.eu/health/ph_risk/committees/04_scenihr/docs/scenihr_o_006.pdf

Bundesnetzagentur für einheitlichen Standard beim mobilen TV

Für den Erfolg des mobilen Fernsehens in Deutschland ist nach Ansicht des Präsidenten der Bundesnetzagentur, Matthias Kurth, ein bundesweit einheitlicher technischer Standard entscheidend. Insellösungen einzelner Anbieter bei den Empfangsgeräten – derzeit konkurrieren zwei zueinander inkompatible Standards – seien der falsche Weg, sagte Kurth bei einem Kongress zur Zukunft des Mobilfunks in München. <http://www.bundesnetzagentur.de>

4 Service

Handys können vielleicht schon bald Allergikern helfen.



»» Das Handy lernt „riechen“

Asthmatiker und Allergiker werden aufhören: Ein amerikanisches Unternehmen, das sich auf mobile und kostengünstige Sensoren für Handys spezialisiert hat, hat ein Patent für einen „Riech-Sensor“ angemeldet und startet jetzt die praktische Erprobung. Das Gerät soll Chemikalien in der Luft erkennen und unmittelbar melden können. Der Sensor im Miniformat wird in Mobiltelefone und Handhelds eingesetzt, präparierte Handys werden so zur persön-

lichen Spürnase für seine empfindlichen Besitzer. Ist die Konzentration bestimmter Stoffe in der Luft erhöht, gibt es Alarm. Darüber hinaus sollen die Handy-Sensoren auch staatliche Sicherheitsorgane bei der Verhinderung von Terroranschlägen unterstützen. Denn sie sollen auf explosive oder toxische Stoffe reagieren, also auf Gefahrenquellen, die von menschlichen Organen nicht wahrgenommen werden.

Infos: <http://www.gentag.com>

»» EMF-Erfahrungsaustausch in Nürnberg

„Nach heutigem Wissensstand gibt es keinen Nachweis dafür, dass elektromagnetische Felder des Mobilfunks gesundheitsschädliche Schäden verursachen.“ So lautete das Fazit eines interdisziplinären Fachworkshops, der im vergangenen Jahr im Nürnberger Museum für Kommunikation stattfand. 60 Mobilfunk-Experten aus dem Umwelt- und Verbraucherschutzbereich waren der Einladung des Informationszentrum Mobilfunk und der Forschungsgemeinschaft Funk zum Erfahrungsaustausch über den Stand der Mobilfunk-Forschung gefolgt. „In den zurückliegenden Jahrzehnten ist ein deutlicher Qualitätsanstieg der Forschung zu verzeichnen“ erläuterte Prof. Dr. Norbert Vana, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats

Funk (WBF) und Professor für Dosimetrie und Strahlenschutz an der TU Wien und Moderator der Veranstaltung. „Zahlreiche Effekte, die man früher glaubte gefunden zu haben, haben sich im Lichte dieser neuen Untersuchungen heute als Artefakte herausgestellt“, stellte er klar.

Oft, so der Wissenschaftler, würden in der Öffentlichkeit Studien zitiert, die angeblich gesundheitsschädigende Effekte nachgewiesen hätten. Bei kritischer Prüfung der Ergebnisse zeige sich aber immer wieder, dass die meisten dieser Arbeiten die wesentlichen Kriterien für eine wissenschaftliche Belastbarkeit der Aussagen nicht erfüllten. „Studien, die statistisch nicht nachvollziehbar sind, sich nicht reproduzieren lassen, keine eindeutigen Kausalitäten herstellen können und auch keine klare Unterscheidung zwischen biologischen Effekten und tatsächlichen gesundheitsrelevanten Wirkungen treffen, entbehren jeder wissenschaftlichen Grundlage“, so Vana. Prof. Dr. Roland Glaser vom Institut für Biologie der Berliner Humboldt-Universität führte aus: „Auf Basis des heutigen Wissensstandes ist davon auszugehen, dass durch die schwachen elektromagnetischen Felder des Mobilfunks allenfalls minimale Effekte verursacht werden, die aber keinen Einfluss auf die Gesundheit haben.“



Wissenschaftler verzeichnen Qualitätsanstieg in der Forschung



Impressum

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:
Informationszentrum Mobilfunk e.V.

Druck und Vertrieb:
ProPress Verlags GmbH
Am Buschhof 8 | 53227 Bonn

Fotos: IZMF, fontshop, gettyimages

Erscheinungsweise: 4 x jährlich

Kontakt

Informationszentrum Mobilfunk e.V.
Hegelplatz 1 | D-10117 Berlin
Fon: +49(0)30/209 16 98 - 0
Fax: +49(0)30/209 16 98 - 11
E-Mail: info@izmf.de
Kostenfreie Hotline: 0800/330 31 33
Internet: www.izmf.de

Das Informationszentrum Mobilfunk ist Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, Medien sowie öffentliche und private Einrichtungen zum Thema mobile Kommunikation. Es ist ein eingetragener Verein, der von den Mobilfunknetzbetreibern gegründet wurde.